

„Konzeptpapier für die SP Hauptversammlung 23.03.2010“

”Politische Partizipation auf europäischer Ebene am Beispiel der Schleswigschen Partei”

I Der Partizipationsbegriff

Empfänger und Sender; Objekt/Gegenstand
Probleme des Partizipationsbegriffs

Etymologie

(lat.: Teilhabe). Allg.: P. bezeichnet die aktive Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen bei der Erledigung der gemeinsamen (politischen) Angelegenheiten bzw. der Mitglieder einer Organisation, einer Gruppe, eines Vereins etc. an den gemeinsamen Angelegenheiten.

Spez.: 1) P. bezeichnet die Teilhabe der Bevölkerung an politischen Willensbildungsprozessen, insbesondere an Wahlen und Referenden. 2) In einem rechtlichen Sinne bezeichnet P. die Teilhabe der Bevölkerung an Verwaltungsentscheidungen.

*„Eine mittlerweile fast allgemein gebräuchliche Verwendungsweise des Begriffs ?politische Beteiligung? findet sich bei **Max Kaase**, der mit dem Begriff politische Partizipation alle Handlungen bezeichnet, ?die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedensten Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen? (Kaase 1997: 160). Nach diesem Verständnis handelt es sich bei politischer Partizipation um **beobachtbare Aktivitäten**. Weiterhin muss die vorgenommene Handlung **freiwillig** erfolgen und sich auf die **Politik beziehen**. Sie muss das **Ziel** verfolgen, mittelbar oder unmittelbar **Einfluss auf Entscheidungen** im politischen System auszuüben.¹“*

„Unter politischer Beteiligung werden in der Regel jene Verhaltensweisen von Bürgern verstanden, die sie alleine oder mit anderen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen (Barnes u.a. 1979: 42; Parry u.a. 1992: 16; Verba u.a. 1995: 38). Diese Einflussnahmen können sich auf eine oder mehrere Ebenen des politischen Systems (Gemeinde, Land, Bund) richten. Der fortlaufende Prozess der institutionellen internationalen Vernetzung, in Europa vornehmlich im Kontext der EU, führt darüber hinaus auch zur Einbeziehung transnationaler Regime, konkret z.B. in Form von Wahlen zum Europäischen Parlament²“.

1 Max Kaase bei PolitikON

2 Definition aus bpb

„Konzeptpapier für die SP Hauptversammlung 23.03.2010“

Abbildung 1:

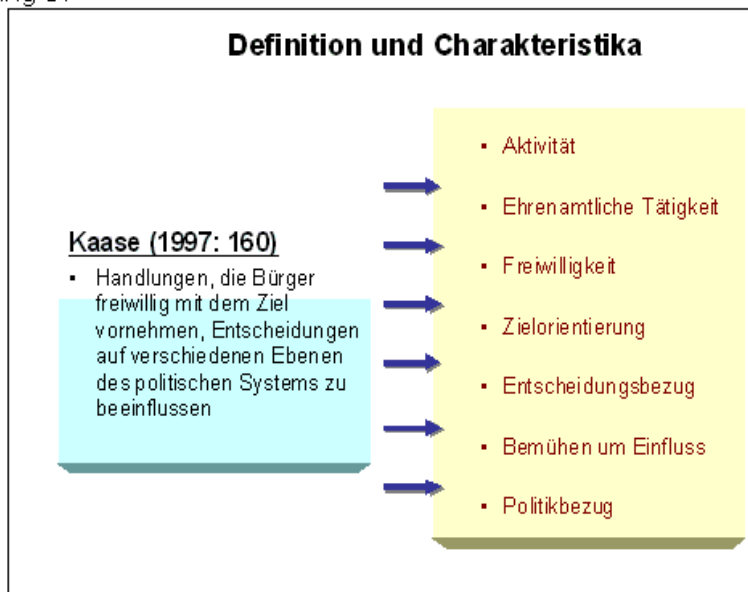
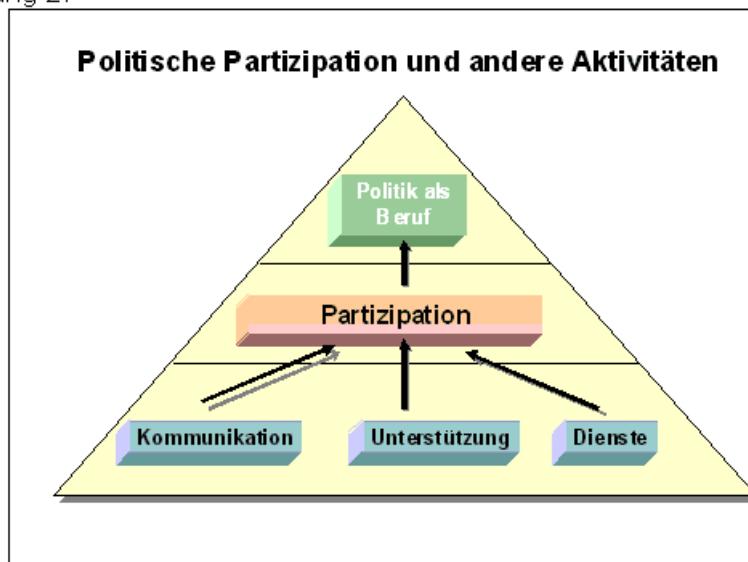


Abbildung 2:



Kategorien von Partizipation

+++ LUND Report +++
UND
Ergänzung durch Protsyk

„Konzeptpapier für die SP Hauptversammlung 23.03.2010“

Abb. 2: Systematiken politischer Partizipation



II Partizipation am Beispiel der Schleswigschen Partei

Organisatorischer Träger der Schleswigschen Partei ist der Bund deutscher Nordschleswiger, der auch die politischen Richtlinien vorgibt (Organisationsstruktur im Anhang). Die Schleswigsche Partei erhielt bei der letzten Kommunalwahl 2009 5.251 Stimmen, wobei Stephan Kleinschmidt in Sonderburg 1.276 persönliche Stimmen auf sich vereinigen konnte. Als ein Erfolgsfaktor kann sicherlich die Profilierung als Minderheiten- und Regionalpartei ausgemacht werden. Dadurch wurde der potenzielle traditionelle Wählerkreis um die deutsche Minderheit in Dänemark (geschätzt etwa 15.000) deutlich erweitert.

Die Grundlage für die politische Partizipation der deutschen Minderheit in Dänemark, und damit auch der Schleswigschen Partei, sind die Bonn – Kopenhagen – Erklärungen von 1955.

Seitdem Dänemark das Rahmenabkommen zum Schutz nationaler Minderheiten am 22. September 1997³ sowie die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprache am 08. September 2000⁴ ratifizierte, gelten auch dessen Bestimmungen für die deutschen Minderheiten in Dänemark.

Institutionelle Vorgaben durch vertraglich garantierte Rechte sind ein Rahmen der zum einen die politische Partizipation (von Minderheiten) garantiert und ermöglicht, gleichzeitig aber auch einschränkt.

So gewährleistet die *Bekendtgørelse*⁵ Nr. 809 der deutschen Minderheit in Nordschleswig auf kommunaler Ebene zwar die politische Partizipation in Apenrade, Tondern, Hadersleben und Sonderburg. Auf der anderen Seite erschwert das nationale Wahlsystem die Teilnahme auf

3 Ist am 01.02.1998 in Kraft getreten.
 4 Ist am 01.01.2001 in Kraft getreten.
 5 Siehe die volle Verordnung im Anhang.

„Konzeptpapier für die SP Hauptversammlung 23.03.2010“

nationaler und europäischer Ebene – umso mehr seit der Kommunalreform 2007 und der Änderung der Sitzverteilung im Europäischen Parlament (von 14 auf 13 Sitze für Dänemark im Europaparlament). Bei der letzten Europawahl 2009 waren mindestens 108.000 persönliche Stimmen nötig, um über den ersten Listenplatz in das Parlament einzuziehen. Die nachfolgenden Listenplätze scheinen da aussichtsreicher, sind doch die Stimmzahlen um einiges niedriger – allerdings über die vergangenen Jahre hinweg auch volatiler: So schafften es Kandidaten mit 12.756 und 10.534 Stimmen bei der Europawahl 2004, während 2009 eine Kandidatin der Danske Folkeparti mit 3.592 Stimmen in das Europaparlament einzog (ansonsten zogen die zweiten und dritten Listenplätze unter anderem mit 32.569 und 20.597 ein). Das billigste Mandat lag 2009 (ohne Wahlbündnis) bei 125.860 (2004: 97.986)⁶.

Zwar ist die Europäische Union gerade dabei, den Modus bei der Europawahl zu homogenisieren, doch wird sich dieser Prozess aufgrund nationaler Differenzen und Präferenzen noch hinauszögern. Dass es am Ende Minderheiten leichter haben werden, in das Europaparlament einzuziehen, darf bezweifelt werden.

Ohnehin scheint es mir ein Schwachpunkt innerhalb der europäischen (Minderheiten)Struktur zu sein, dass Minderheiten, die aufgrund der Beschaffenheit des nationalen Wahlsystems an der Repräsentation und Partizipation an der europäischen Meinungsbildung ausgeschlossen sind.

Für politische Partizipation auf europäischer Ebene gibt es unterschiedliche Herangehensweisen: indirekt und direkt, wobei es zwischen beiden einen nicht unwesentlichen (nicht zu vernachlässigenden) Graubereich gibt, der im näheren beleuchtet werden soll.

Am wichtigsten ist es allerdings, zuerst die eigenen Erwartungen zu formulieren, sowie Ziele zu definieren, die man sich von der Partizipation auf europäischer Ebene verspricht und die eigenen Möglichkeiten/Ressourcen realistisch einzuschätzen. So sind die Größe der vertretenen Minderheit, interne Organisationsstruktur, personelle Kapazitäten, bestehende Partizipationsregime und der finanzielle Unterbau zu berücksichtigende Faktoren.

Die oben bereits dargestellten unterschiedlichen Partizipationsformen und Systematiken habe ich um eine weitere ergänzt - der Einflussweg: während „direkt“ die mittelbare Einflussnahme durch einen eigenen MdEP meint, versteht sich die indirekte Partizipation als unmittelbare Beeinflussung der Mandatsträger. Nun ist aber gerade die Arbeit in der Politik nicht schwarz und weiß, sondern meistens grau. Dabei will ich nicht auf den vielzitierten, und oftmals negativ besetzten Graubereich anspielen, als auf die Komplexität des politischen Meinungsbildungsprozesses und Wege der Einflussnahme. So kann beispielsweise eine Minderheit durchaus einen eigenen MdEP im Europaparlament stellen, aber wie einflussreich ist er tatsächlich neben seinen 736 Kollegen und unzähligen Interessenvertretern? Gerade im Bereich der indirekten Partizipation gibt es unterschiedliche Modelle [WEITER AUSFÜHREN UND NÄHER SPEZIFIZIEREN]:

Modell 1: Ein (Minderheiten)Vertreter ist in exekutiven Organen sowie in (einem bestimmten) Ausschüssen vertreten. Dort genießt er Anhörungsrecht. Ein Stimmrecht erhält er allerdings nicht.

⁶ Ohne Wahlbündnis. Das billigste Mandat der Wahlbündnisse lag 2009 bei 162.523 (204: 128.196), als die Sozialdemokraten, die Radikale Venstre und SF zusammen im Bündnis waren (2004: Sozialdemokraten und SF).

„Konzeptpapier für die SP Hauptversammlung 23.03.2010“

Modell 2: „Stimm/Abgeordneten-Leihe“⁷: Ein legitimer Vertreter setzt sich für die Belange anderer Gruppen ein, denen es aus verschiedenen Gründen nicht möglich ist, einen eigenen Vertreter zu entsenden. Durch einen Mitgliederbeschluss wird der Vertreter gebunden.

Modell 3: Es werden (institutionelle) Strukturen gebildet, innerhalb derer Vertreter ohne eigenes Stimmrecht Anteil am politischen Geschehen nehmen können (bsp. parlamentarische Anfragen). Innerhalb dieser Struktur werden die unzähligen Probleme (gleicher oder gemeinsamer Ursache) gebündelt und koordiniert.

Modell 4: Die Vertreter einer Minderheit partizipieren über und in Interessenvertretungen⁸. Über ein formelles und informelles Netzwerk nimmt die Minderheit an der politischen Partizipation teil.

WEITERE AUSFÜHRUNG INNERHALB DER MODELLE FOLGT

Beitritt der Schleswigschen Partei zur Europäischen Freien Allianz

Eine vermeintlich objektive Einschätzung nach dem Studium vorhandener Unterlagen sowie aus Erkenntnissen nach Gesprächen mit Beteiligten

Ein konkretes Beispiel für das Modell 2 und 3 ist die Anfrage der Europäischen Freien Allianz an die Schleswigsche Partei, sich ihr anzuschließen.

Die EFA ist nicht so sehr eine traditionelle Partei als eine Dachorganisation, bei der viele europäische Regional- und Minderheitenparteien in verschiedenen Formen auf europäischer Ebene partizipieren.

Die Europäische Freie Allianz (EFA) gibt es seit 2004 als Europäische Partei, doch ihre Geschichte reicht zurück bis 1981. EFA ist zurzeit (16.03.2010) mit sieben Abgeordneten im Parlament vertreten und konstituiert sich aus 35 Vollmitgliedern und sieben Parteien im Beobachterstadium, von ihnen kommen 18 aus unterschiedlichen Ländern. Die Europaparlamentarier kommen aus Schottland, Wales, Spanien, den Niederlanden und Lettland (siehe Übersicht im Anhang). Frei nach dem Motto „*Je serai votre député à Bruxelles*“ nehmen sie die Interessen der EFA (also ihren Mitgliedern) wahr. Zahlenmäßig kommen die meisten Parteien aus Italien (8), Frankreich (7) und Spanien (6). Betrachtet man die quantitative Vertretung, Zahlen aus einer Selbstauskunft zur Parteimitgliedschaft 2006, ändert sich die Reihenfolge: hier nimmt Spanien die eindeutige Führungsrolle ein, gefolgt mit einigem Abstand von Großbritannien und Italien. Zudem gibt es innerhalb der EFA mehr Parteien, die Interessen ethnischer Minderheiten vertreten, als Parteien mit einer nationalen Klientel.

Die Europäische Freie Allianz ging 1999 mit den Grünen ein technisches Wahlbündnis ein, das zusammen 55 Abgeordnete vereint.

7 Maurits Coppieters: „Je serai votre député à Bruxelles“ (Ich werde Ihr Abgeordneter in Brüssel sein).

8 Nichtregierungsorganisationen

„Konzeptpapier für die SP Hauptversammlung 23.03.2010“

Unter vielen anderen mehr wird der Südschleswigsche Wählerverbund ab April 2010 der EFA als Vollmitglied angehören (für die gesamte Liste siehe Anhang).

In der Satzung vom 8. November 2006 gab man sich die Organe der Vollversammlung, des Vorstands und der Koordinatoren/innen.

Die Vollversammlung bildet sich aus der Gesamtheit aller Mitglieder. Sie ist deren höchstes Entscheidungsorgan. Im Folgenden sollen ihre Schlüsselfunktion dargestellt werden⁹:

- Erörterung und Beschlussfassung über alle innerhalb und außerhalb des Europäischen Parlaments behandelten politischen Fragen
- die Wahl der Ko- Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion
- die Einsetzung thematischer Arbeitsgruppen
- die Abstimmung über die Mitgliedschaft oder den Ausschluss eines Fraktionsmitglieds
- die Aufstellung des jährlichen Haushaltsplans der Fraktion und eine Liste politischer Prioritäten
- die Benennung des/der Generalsekretärs/in

Die Vollversammlung fasst Beschlüsse mit einfacher Mehrheit.

Die derzeitige EFA Vorsitzende ist Nelly Maes (Flandern-Belgien; EFA). Die Vize Präsidenten sind Gustave Alirol (Occitan Party in Frankreich) und Fabrizio Comencini (Liga Fronte Veneto- Veneti d'Europa in Italien). Die beiden amtierenden Generalsekretäre (Direktoren) sind Günter Dauwen (Flandern – Belgien) und Marta Rovira (Esquerra Republicana de Catalunya in Spanien).

Nach der Generalversammlung vom 27. und 28. Mai 2005 entschied man einstimmig folgende Rahmenziele:

- *„European unity and the creation of a European union of free peoples based on the principles of subsidiarity who believe in solitary with each other“*
- *„the defense of human rights and the rights of peoples, in particular the right to self determination“*
- *„protection of the environment and sustainable development“*
- *„acceptance of the principles of the parliamentary democracy“*
- *„promoting the European integration based on the diversity of peoples, cultures, languages and regions“¹⁰*

Die Mitgliedschaft bei EFA ist an folgende Bedingungen gebunden:

- *accept the EFA political programme*
- *be structured*
- *political activity on the territory of their nation*

⁹ Aus Satzung der Fraktion „Die Grünen/ Europäische Freie Allianz“

¹⁰ EFA Statutes 2005; Article 3.

„Konzeptpapier für die SP Hauptversammlung 23.03.2010“

- *have elected members of European and/or state and/or national and/or regional and/or local assemblies¹¹*

Nur Vollmitglieder haben das Wahlrecht bei der Generalversammlung. Jede Stimme ist gleich. Entscheidungen werden durch eine einfache Mehrheit getroffen

Der Mitgliedsbeitrag darf 10.000 € nicht übersteigen. Zurzeit (März 2010) beträgt er 600 €. Der Jahresbeitrag wird von der Generalversammlung festgelegt.

Mitglieder können jederzeit wieder austreten.

Der Ausschluss durch die Generalversammlung erfolgt durch eine Zwei – Drittel – Mehrheit der abstimmenden Vollmitglieder, solange nichts anderes festgelegt ist. Die Entscheidungen sind auch für abwesende Mitglieder bindend

In der jährlich stattfindenden Generalversammlung stimmen die Vollmitglieder, die jeweils alle mit einer Stimme vertreten sind, über ihnen wichtige Themen ab. Diese gelten zum einen als die politischen Leitlinien der EFA nach außen, bindet aber auch gleichzeitig die Mandatsträger, sich für diese Themen einzusetzen. Daneben können Mitglieder aber auch zwischen den Generalversammlungen partizipieren. Zum einen passiv durch die Informationsaufnahme (von EFA) und durch die Informationsweitergabe (jeweiliges Mitglied an EFA). Zum Anderen kann ein Mitglied Anfragen an das Europäische Parlament stellen. Dazu findet es weitere Mitglieder innerhalb EFA, die diese Anfrage unterstützen und leiten ihr Anliegen an das Generalsekretariat weiter, von wo es dann als Anfrage für das Europäische Parlament formuliert wird.

Wie kann die Mitgliedschaft bei der EFA die Partizipation (auf europäischer Ebene) der Schleswigschen Partei verbessern? Hinter dieser Frage verbirgt sich zum einen der Aspekt der Effektivität. Wie effektiv ist welche Form der Partizipation auf welcher Ebene? Dahinter steht die Frage: Lohnt sich eine bestimmte Form von Partizipation (mehr als eine andere)? Leider gibt es zu diesem Thema noch nicht all zu viel Arbeiten, als dass ich hier aussagekräftige Ergebnisse vorstellen könnte.

Deshalb sollte man diese Frage von einer anderen Perspektive betrachten und zunächst mit einer Gegenfrage erwidern: Welche Ziele will die SP mit einer Mitgliedschaft erreichen? In vielem werden sich EFA und FUEV überschneiden (z.B. Informationsgewinnung, Netzwerke und Kontakte). Allerdings gibt es dann doch einige Bereiche, bei der EFA etwas mehr „zu bieten“ hat. Im Folgenden ein Ausschnitt:

- unmittelbarer Kontakt zu den MdEPs (Entscheidungsträgern)
- Anfragen an das Europäische Parlament
- Ergänzung zum FUEV Minderheitennetzwerk

Allerdings muss dieser Positivliste auch einer Gegenüberstellung der möglichen Nachteile folgen:

¹¹ Siehe oben; Article 5a.

„Konzeptpapier für die SP Hauptversammlung 23.03.2010“

- Politische Einordnung
- Interne Struktur der EFA (Herkunft der einzelnen Minderheiten; Anzahl von nationalen und ethnischen Minderheiten)
- „Haftung“ für Meinung der EFA MdEPs

Zudem sei erwähnt, dass sich die FUEV als zivilgesellschaftlicher Vertreter der Minderheiten sieht und sich auf minderheitenspezifische Themen konzentriert, während EFA hier breiter aufgestellt ist.

Die Europäische Freie Allianz ist die einzige Partei im Europäischen Parlament, die sich klar für Minderheitenbelange einsetzt.

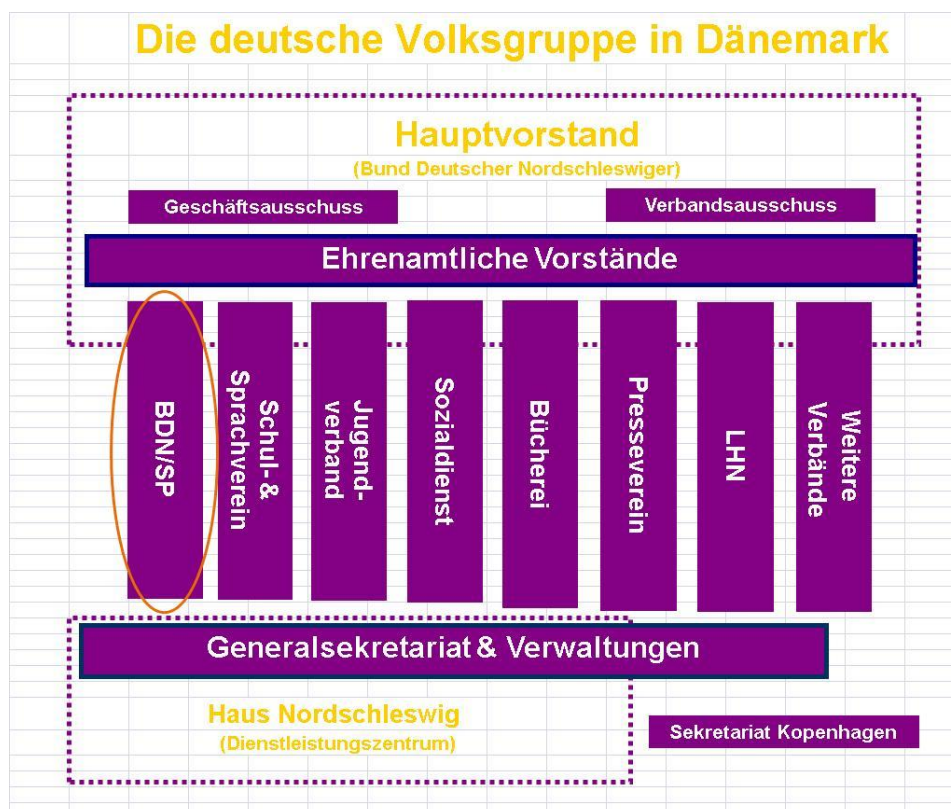
Abschließend möchte ich noch einige Synergieeffekte aufzählen, die sich aus einer Mitgliedschaft mit der EFA für die Schleswigsche Partei ergeben können:

- ✓ Es können regionale Themen auf die europäische Ebene gebracht werden
- ✓ Minderheitenmandat (Legitimierung für Anliegen)
- ✓ Stärkung des Profils „Regional- und Minderheitenpartei“
- ✓ Kontakte zur europäischen (Minderheiten)Politik
- ✓ Kooperation mit SSW auf europäischer Ebene (verleiht Anfragen, Anliegen noch mehr Gewicht)

Eine Mitgliedschaft der Schleswigschen Partei bei der Europäischen Freien Allianz ist ein Modell um zu partizipieren und ist gleichzeitig kein Ausschlusskriterium für andere Modelle.

„Konzeptpapier für die SP Hauptversammlung 23.03.2010“

Anhang



„Die EFA hat es sich zum Ziel gesetzt, [...] den Beitrag solcher Parteien zur europäischen Politik zu vereinfachen, die aufgrund ihrer eigenen Dimension oder der Dimension des Territoriums, das sie vertreten, nicht wählbar und somit ausgeschlossen wären¹².“

„Konzeptpapier für die SP Hauptversammlung 23.03.2010“

Liste der EFA Vertreter (Stand 16.03.2010)

Name	Herkunft	Partei	Komitee im Europäischen Parlament
Ian Hudghton	Schottland	Scottish National Party	Regional Development Fisheries
Alyn Smith	Schottland	Scottish National Party	Agriculture and rural development
Jill Evans	Wales	Plaid Cymru	Environment, Public Health and Food safety
Tatjana Zdanoka	Latvia	For Human rights in United Latvia	Civil liberties, Justice, Home affairs Petitions
Oriol Junqueras	Spain	Esquerra Republicana de Catalunya	Petitions
Francois Alfonsi	France	Partitu di a Nazione Corsa	Regional development
Frieda Brepoels	Netherlands	Nieuw Vlaamse Alliantie	Foreign affairs

MITGLIEDERLISTE (Stand 22.03.2010)

Sociaal-liberale Partij ,
 OMO Ilinden PIRIN ,
 Slawische Mazedonier in Bulgarien,
 Bayernpartei,
 Die Friesen ,
 Ålands Framtid ,
 Unvaniezh Demokratel Breizh,
 Unitat Catalana,
 Partit Occitan ,
 Partitu di a Nazione Corsa ,
 Mouvement Région Savoie ,
 Ligue Savoisienne ,
 Elsässische Volksunion ,
 ESA-Vinozhito ,
 Scottish National Party ,
 Plaid Cymru ,
 Mebyon Kernow ,
 Partito Sardo d'Azione ,
 Süd-Tiroler Freiheit ,
 Alleanza Libera Emiliana - Libertà Emiliana,
 Liga Veneta Repubblica,
 Movimento per l'Indipendenza della Sicilia ,
 Slovenska Skupnost ,Emilia-Romagna,
 Für Menschenrechte in vereintem Lettland ,
 Slowenen in Italien,
 Russen in Lettland,
 Polska Partita Ludowa ,
 Polen in Litauen,

„Konzeptpapier für die SP Hauptversammlung 23.03.2010“

Fryske Nasjonale Partij,
 Enotna Lista,
 Slowenen in Österreich (Kärnten),
 Eusko Alkartasuna,
 Prešov und Košice, Ruch Autonomii S'la;ska ,
 Strana regionov Slovenska SRS,
 Bloque Nacionalista Galego,
 Partido Andalucista,
 Esquerra Republicana de Catalunya,
 Chunta Aragonesista,
 Federacio PSM - Entesa Nacionalista de les Illes Balears

Abbildung 1: Ergebnisse Wahlbündnisse Europawahl 2009; Eigene Darstellung.

	A-B-F		C-I-V		J-N		O		Billigste Mandat:
	975.136		785.036		224.014		357.942		
Divisor 1	975.136	1)	785.036	2)	224.014	9)	357.942	5)	148.600
Divisor 2	487.568	3)	392.518	4)	112.007		178.971	12)	162.523
Divisor 3	325.045	6)	261.679	7)					
Divisor 4	243.784	8)	196.259	10)					
Divisor 5	195.027	11)	157.007						
Divisor 6	162.523	13)							
Divisor 7	139.305								

Abbildung 2: Persönliche Stimmen - Stimmen für den Einzug in das Europäische Parlament; Eigene Darstellung.

	A. Social demokrat erne	C. Det Konservative Folkeparti	F. Socialistisk Folkeparti	N. Folkebevæg elsen mod EU	O. Dansk Folkeparti	V. Venstre, Danmarks Liberale Parti
Kandidaten	233.266	176.786	204.111	107.429	284.500	171.205
	32.569		37.330		3.592	47.906
	43.855					57.175
	20.597					
Liste	142.248	47.795	101.631	42.572	58.099	97.876

„Konzeptpapier für die SP Hauptversammlung 23.03.2010“

Satzung der Fraktion “Die Grünen/ Europäische Freie Allianz”

Kapitel II

Mitgliedschaft in der Fraktion

2.1

Die Vollversammlung